

Freie Demokraten

Landesverband
Bremen **FDP**

Beschluss des Landesparteitags der FDP Bremen vom 21. April 2018

Spielsucht effektiv bekämpfen

Die Liberalen sehen die Mitmenschen als mündige Bürgerinnen und Bürger. Allerdings kann die hohe Ereignisfrequenz bei Live-Sportwetten oder beim Automatenspiel Menschen in einen Rauschzustand versetzen. Es gibt Menschen, die mit dieser Situation nicht zurechtkommen und in eine Abhängigkeit geraten. Es gibt Schätzungen die für Bremen von 1.800 notorisch Spielsüchtigen und 2.000 problematischen Spielern ausgehen. Spielsüchtige haben durchschnittliche Schulden von rund 30.000 Euro. Vor allem sind immer jüngere Mitmenschen betroffen. Als besonders gefährdet gelten junge Männer zwischen 18 und 24 Jahren.

Die Freien Demokraten lehnen das Regulieren über die Nutzungsgenehmigungen ab und halten das von der Stadtgemeinde Bremen gewählte Verfahren für rechtlich angreifbar. So sind beispielsweise die Regelungen zum Bestandsschutz nicht hinreichend begründet. Gleichzeitig sehen wir die Notwendigkeit wirksame Maßnahme zur Bekämpfung der Spielsucht durchzuführen.

Die FDP setzt sich dafür ein, die Idee der mündigen Bürgerinnen und Bürger zu stärken und auch beim Individuum anzusetzen. Der Senat sollte sich für die Umsetzung der folgenden Maßnahmen einsetzen:

- Es sollten im Rahmen von Präventionsprojekten in allen Oberschulen und Gymnasien das Thema Spielsucht behandelt werden, um so rechtzeitig vor den Gefahren zu warnen. Hierfür sollten sowohl Lehrerstunden und Sachmittel zur Verfügung stehen. Ein besonderes Augenmerk ist auf das gerade für Jugendliche sowie junge Erwachsene attraktive und leicht zugängliche Online-Glücksspiel zu legen.
- Gemeinsam mit den Betreibern von Spielhallen und Wettbüros sollte der Senat vereinbaren, im Rahmen einer freiwilligen Selbstverpflichtung das Zutrittsalter auf 21 Jahren zu erhöhen. Vereinzelt haben die Betreiber von sich aus die Bereitschaft dazu erklärt.
- Verdeckte Testspiele durchzuführen.
- Bisher können sich Spielsüchtige nur in den jeweiligen Betrieben selbst sperren. Lediglich im Bundesland Hessen existiert eine landesweite Sperrdatei. Der Senat sollte sich auf Bundesebene für eine bundesweite Sperrdatei einsetzen. Sollte dies mittelfristig nicht

Freie Demokraten

Landesverband
Bremen **FDP**

erreichbar sein, dann sollten mit Niedersachsen Gespräche über eine gemeinsame Datei geführt werden.

- Anbieter von Online-Glücksspielen auf deutschem Bundesgebiet sollen verpflichtet werden, die gleichen Jugendschutzmaßnahmen flächendeckend und konsequent umzusetzen, die nach deutschem Recht auch für physische Spielhallen und Wettbüros gelten und durch entsprechende Maßnahmen (bspw. Online-Authentifizierung und Altersnachweis) deren Einhaltung sicherzustellen.
- Die Einhaltung der gesetzlichen Jugendschutzmaßnahmen bei Online-Glücksspielen soll durch regelmäßige Testanmeldungen und -spiele geprüft werden.